

WIRTSCHAFTSBUND UND JUNGE VOLKSPARTEI STARTEN INITIATIVE ZUR ABSCHAFFUNG DER BELEGTEILUNGSPFLICHT UNTER 30 EURO

Aktuelle IMAS-Umfrage: 6 von 10 Landsleuten unterstützen den WB/JVP-Vorschlag zur Abschaffung der Belegerteilungspflicht bei Kleinbeträgen! Die Maßnahme ist Teil des Österreichplans von Bundeskanzler Karl Nehammer.

Seit 1. Jänner 2016 müssen österreichische Unternehmen bei Barzahlung einen Beleg erstellen und ihren Kunden übergeben, es besteht eine sogenannte Belegerteilungspflicht. Doch die Mehrheit der Kassenbelege landet im Müll. Der Wirtschaftsbund und die Junge Volkspartei fordern seit vergangenem Jahr die Abschaffung der Belegpflicht für Kleinbeträge bis zu 30 Euro und starten dazu nun auch eine neue Initiative. Die Maßnahme ist zudem Teil des Österreichplans von Bundeskanzler Karl Nehammer.

Umfrage unter Unternehmerinnen und Unternehmer (n=771, März 2024)

- **57 Prozent sind dafür, dass die Belege bei Kleinbeträgen abgeschafft werden**
 - 36 % sind voll und ganz dafür
 - 21 % sind eher dafür
 - 16 % sind eher nicht dafür
 - 22 % sind überhaupt nicht dafür

Umfrage Bevölkerung (n=593, 06.03. bis 20.03.2024)

- **56 Prozent sind dafür, dass die Belege bei Kleinbeträgen abgeschafft werden**
 - 29 % sind voll und ganz dafür
 - 27 % sind eher dafür
 - 20 % sind eher nicht dafür
 - 19 % sind überhaupt nicht dafür

Rest auf 100 % jeweils: k. A.

Staatssekretärin Claudia Plakolm:

„Es freut mich, dass die Forderung der Jungen ÖVP und des Wirtschaftsbunds auch in der Bevölkerung und von den Unternehmern unterstützt wird und auch Teil des Österreichplans von Bundeskanzler Karl Nehammer ist. 560.000 Kilometer an Kassenbelegen werden jährlich nur für Kleinbeträge gedruckt. Das entspricht der gleichen Distanz, die jemand täglich über ein Jahr lang zwischen Wien und der Insel Mallorca zurücklegen könnte. Der Großteil der Kassenbelege landet derzeit bei Kleinbeträgen sowieso im Müll, machen aber 70 Prozent der Transaktionen aus. Eine Abschaffung bei Kleinbeträgen wäre eine Lösung mit Hausverstand.“

Wirtschaftsbund-Generalsekretär und Abg. Z. Nr. Kurt Egger:

„Die Mehrheit der Kassenbelege, insbesondere für Kleinstbeträge, landet ungenutzt im Müll, was eine erhebliche Ressourcenverschwendung darstellt, und ist durch die Einführung der Registrierkasse zur richtigen Abfuhr der Steuer an die Finanzämter nicht mehr zeitgemäß. Die Belegerteilungspflicht Kleinbeträge abzuschaffen und damit eine wirtschaftlichere und umweltfreundlichere Vorgehensweise zu fördern, würde den Unternehmen eine unnötige Belastung ersparen. Zudem verursachen Einkäufe unter 30,00 Euro einen Papierverbrauch von 560.000 Kilometern pro Jahr, das entspricht einer Menge von 2.950 Tonnen Holz oder 2000 Fichten. Unser Vorschlag steht damit nicht nur im Einklang mit der Umwelt, sondern auch mit Praktiken anderer europäischer Länder, die bereits erfolgreich digitale Lösungen implementiert oder eine Bagatellgrenze eingeführt haben. Wichtig bleibt jedoch dabei, dem Kunden die freie Wahl zu lassen, ob sie einen physischen Beleg wünschen. Mit dem Vorstoß wollen wir auch einen Aufruf zur Vernunft setzen und aufzeigen, wie leicht bürokratische Hindernisse reduziert werden können und ein erheblicher Mehrwert für Unternehmen, Kunde und Umwelt zu schaffen ist.“

Problemaufriss

- Seit 1. Jänner 2016 besteht in Österreich Belegerteilungspflicht.
- Der Kunde muss den Beleg vom Unternehmer entgegennehmen und bis außerhalb des Geschäftes mitnehmen. Falls die Finanz eine Kontrolle durchführt, sollte man den Beleg herzeigen können. Große Unternehmen bieten mittlerweile digitale Lösungen an (Rechnung per App oder direkt aufs Smartphone), kleinere Unternehmen sehnen sich nach anderen Lösungen.
- Denn die Regelung gilt unabhängig von der Höhe des Betrages, d. h. auch, wer morgens einen Kaffee oder im Schwimmbad ein Eis um 2,50 EUR kauft, muss einen Bon erhalten. Dadurch entsteht unnötig viel Bürokratie, Aufwand und Müll.